

A. RECHENSCHAFTSBERICHT ZUR JAHRESRECHNUNG 2010

- I. Allgemeines**
- II. Rechnungsergebnis**
- III. Allgemeine Rücklage / Sonderrücklage**
- IV. Schuldenstand**
- V. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben**
- VI. Haushaltsreste**
- VII. Haushaltsüberschreitungen**
- VIII. Berechnung der Effizienzrendite**

I. ALLGEMEINES

1. Rechtsgrundlagen

Nach § 95 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) i. V. m. § 48 der Landkreisordnung (LKrO) ist in der Jahresrechnung das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen.

Die Jahresrechnung besteht gem. § 39 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aus

- 1. dem kassenmäßigen Abschluss**
- 2. der Haushaltsrechnung**
- 3. der Vermögensrechnung**

Als Anlagen sind beizufügen

- 1. eine Vermögensübersicht über die Kosten rechnenden Einrichtungen**
- 2. ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht**
- 3. ein Rechenschaftsbericht**

Im Rechenschaftsbericht sind nach § 44 Abs. 3 der GemHVO die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Der Rechenschaftsbericht soll außerdem einen Überblick über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben. Nach § 97 GemO sind die Mündelvermögen in der Jahresrechnung gesondert nachzuweisen.

2. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2010 wurde am 21.12.2009 vom Kreistag beschlossen. Das Regierungspräsidium hat mit Erlass vom 26.2.2010 die Gesetzmäßigkeit dieses Beschlusses bestätigt und den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 600.000 €, sowie den festgesetzten Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.082.000 €, der in den nächsten Jahren durch Kreditaufnahmen abgedeckt werden soll, genehmigt.

Der Haushaltsplan wurde festgesetzt mit

a) den Einnahmen und Ausgaben von je	182.740.640 €
davon im Verwaltungshaushalt	160.732.890 €
und im Vermögenshaushalt	22.007.750 €

b) dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	600.000 €
---	-----------

c) dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	2.082.000 €
--	-------------

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde für die Kreiskasse festgesetzt auf	30.000.000 €
---	--------------

Der Hebesatz der Kreisumlage wurde auf	26,50 v. H.
--	--------------------

der für das Haushaltsjahr 2010 festgesetzten Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden festgesetzt.

3. Rechnungsergebnis

Die Jahresrechnung 2010 schloss mit folgendem Ergebnis:

	<u>Rechnungsergebnis</u>	<u>Haushaltsansatz</u>
Verwaltungshaushalt		
Einnahmen und Ausgaben	165.416.560,11 €	160.732.890 €
Vermögenshaushalt		
Einnahmen und Ausgaben	<u>21.034.281,03 €</u>	<u>22.007.750 €</u>
insgesamt	186.450.841,14 €	182.740.640 €

Auf Grund eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen CDU, FWV, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Kreistag bei der Verabschiedung des Haushalts 2010 beschlossen eine Haushaltsstrukturkommission zu bilden. In mehreren Sitzungen hat sie Maßnahmen beschlossen, die zusammen mit der bis dahin absehbaren Haushaltsentwicklung zu Einsparungen für das Jahr 2010 von 1.206.000 € führen sollten.

Durch die außerordentlich schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Wirtschafts- und Finanzkrise und die dadurch deutlich günstigere konjunkturelle Entwicklung als noch im Frühjahr erwartet, wurden die Schlüsselzuweisungen deutlich angehoben. Dies trug zusammen mit den Einsparmaßnahmen der Haushaltsstrukturkommission und um 834.000 € höheren Grunderwerbsteuereinnahmen im Wesentlichen dazu bei, dass höhere Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfereich aufgefangen werden konnten und dem Vermögenshaushalt 3.331.465,08 € mehr als geplant zugeführt wurden. Zusammen mit den Einsparungen im Vermögenshaushalt konnte auf die geplante Kreditaufnahme mit 600.000 € verzichtet und der Allgemeinen Rücklage 3.589.862,65 € weniger entnommen werden als geplant.

II. RECHNUNGSERGEBNIS

Berechnung des Rechnungsergebnisses

Nach §§ 22 Abs. 2, 41 Abs. 3 und 46 Nr. 25 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) errechnet sich das Ergebnis wie folgt:

Soll-Einnahmen (einschl. Haushaltseinnahmereste) des Vermögenshaushalts	11.909.743,68 €
Abzusetzen sind folgende Sollausgaben (einschl. Haushaltsausgaberreste) des Vermögenshaushalts für	
a) Kredittilgung, Kreditbeschaffungskosten 2.9100. (einschl. Umschuldung)	435.000,00 €
b) Sonderrücklagen Abfallwirtschaft	1.417.268,99 €
c) Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 8	19.182.012,04 €
Summe der Absetzungen	21.034.281,03 €
Finanzierungsbedarf somit	<u>9.124.537,35 €</u> =====

Abweichung der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen

Gegenüber den Planansätzen ergaben sich folgende Abweichungen:

a) Ausgabearten

Personalausgaben (Gruppierung .4xx)

Planansatz 2010:	28.412.800 €
Rechnungsergebnis 2010	<u>28.223.383 €</u>

Einsparung: 189.417 €

Obwohl bereits bei der Planung die angenommene Tarifierhöhung von 2% auf 1,2% reduziert wurde, konnte das von der Sparkommission vorgegebene Ziel einer weiteren Einsparung von 150.000 € erreicht und übertroffen werden. Die Einsparung von 189.417 € entspricht 0,67 %. Die Hauptgründe hierfür liegen darin, dass durch zeitlich verzögerte Beförderungen zum 1.11.2010 Personalkosten im Beamtenbereich eingespart wurden. Außerdem konnten durch zeitweise Nichtbesetzung von Stellen, längere Krankheitsausfälle ohne Personalersatz, Altersteilzeit und Besetzung von Beamtenstellen mit Beschäftigten Personalkosten gegenüber der Planung eingespart werden. Dadurch wurden höhere Ausgaben zum Beispiel durch die Zuweisung des bisherigen Verkehrsamtsleiters zum naldo oder durch einen höheren Tarifabschluss für das Leistungsentgelt (1,25% anstatt 1%) kompensiert. Zudem konnten auch höhere Einnahmen bei den Personalkostenersatz und Einsparungen bei den Erstattungen für die Landesbediensteten zur Verbesserung des Haushalts beitragen.

Gebäudekosten (Miete, Bewirtschaftung, Unterhaltung)

Die Kosten für die Bewirtschaftung der Schul- und Verwaltungsgebäude liegen im Rahmen der Planansätze, die gegenüber dem Vorjahr nach Neuvergabe der Gebäudereinigung im Berufsschulzentrum Albstadt geringfügig erhöht wurden.

Schwerpunkt in der Gebäudeunterhaltung waren insbesondere energetische Sanierungen im Rahmen des Konjunkturpakets II. Durch günstige Vergaben konnten Eigenmittel des Landkreises in Höhe von 158.500 € eingespart werden. Dadurch frei gewordene Fördermittel konnten auf andere Sanierungen umgeschichtet werden.

Geschäftsausgaben (Grupp. 65)

Planansatz 2010	2.655.120,00 €
Soll 2010	<u>2.339.404,06 €</u>

Einsparung 315.715,94 €

Davon:

a) Bürobedarf

Planansatz 2010	235.800,00 €
Soll 2009	196.239,71 €
Soll 2010	187.581,53 €

In 2010 wurde der Einkauf von Büromaterial von einer zentralen Beschaffungsstelle mit Materiallager und –ausgabe auf einen elektronischen Einkauf durch die Fachämter umgestellt. Im Vorfeld war bei der Planung daher noch nicht absehbar, wie sich diese Umstellung auf die Kosten auswirken wird. Gegenüber den Rechnungsergebnissen des Vorjahres konnten in 2010 Mittel eingespart werden. Der elektronische Einkauf soll daher fortgeführt werden.

b) Datenverarbeitung

Planansatz 2010	1.302.570,00 €
Soll 2009	1.015.430,41 €
Soll 2010	1.046.112,36 €

Die Kosten für die Datenverarbeitung beinhalten hauptsächlich Fall- und Wartungskosten oder Kosten für die Neueinführung oder Aktualisierung von Verfahren. Es hat sich gezeigt, dass nicht alle geplanten Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Daher waren die Kosten für die Datenverarbeitung teilweise zu hoch angesetzt. Dies wurde im Haushaltsplan 2011 bereits korrigiert.

c) Fachämterbudgets

Die Ausgabearten Telekommunikation, Porto, Dienstreisen, Bücher und Fachzeitschriften, Inanspruchnahme Dienstfahrzeuge sowie Aus- und Fortbildung werden im Rahmen der Budgetierung von den Fachämtern bewirtschaftet.

Der Haushaltsansatz für das Jahr 2010 wurde gesenkt, auf 991.250 €. Das Rechnungsergebnis mit 915.385,08 € bleibt deutlich hinter diesem gesenkten Ansatz zurück. Gegenüber dem Vorjahresergebnis von 877.232 € ergibt sich eine leichte Steigerung.

Den Fachämtern kann bescheinigt werden, dass die Ansätze sparsam bewirtschaftet werden und auf die Ausschöpfung der Mittel verzichtet wird. Die Einsparungen konnten in allen budgetierten Bereichen festgestellt werden, hauptsächlich im Bereich Aus- und Fortbildung, sowie Dienstreisen.

Verwaltungsinterne Leistungsverrechnung

Seit 2001 werden die verwaltungsinternen Leistungen nach den Vorgaben des Vergleichsrings „Kommunales Rechnungswesen“, an dem alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg teilnehmen, im Verwaltungshaushalt verrechnet. Ziel des Vergleichsrings ist eine flächendeckende Kostenermittlung und eine daraus resultierende Kosten- und Leistungsrechnung, die für eine selbständige Gebührenkalkulation die Voraussetzung bildet.

Seit 2005 erfolgt die verwaltungsinterne Leistungsverrechnung mit dem SAP Modul CO, die in SAP gebuchten Kostenstellen werden nach festgelegten Schlüsseln in der Kostenrechnung aufgeteilt und ins Haushaltsmanagement zurückgespiegelt.

Unter interner Leistungsverrechnung versteht § 14 Abs. 4 Satz 1 GemHVO insbesondere die Erstattung (innere Verrechnung) von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten zentraler Dienststellen, die einzelnen Leistungen zuzurechnen sind. Die Verrechnung erfolgt zwischen den beteiligten Unterabschnitten des Verwaltungshaushalts.

	Summe Service- leistungen (1690/6790)	Summe Steuerungs- leistungen (1690/6790)	Summe Mitwirkungs- leistungen (1695/6795)
2001	4.430.187	1.200.716	
2002	4.350.531	1.325.636	-
2003	4.575.198	1.116.155	-
2004	4.761.996	1.177.472	-
2005	6.209.672	1.070.131	1.813.145
2006	5.821.975	1.154.615	1.523.454
2007	6.247.424	1.209.508	1.421.519
2008	7.030.358	1.253.130	1.516.159
2009	7.522.437	1.492.245	1.590.388
2010	7.471.273	1.527.442	1.881.898
Differenz in EUR	- 51.164	35.197	291.510
Differenz in %	-0,73%	2,81%	19,23%

Schwankungen 2009 / 2010

Die Höhe der Steuerungs- und Servicekosten schwankt in ähnlichem Maß wie die Ausgaben und Einnahmen der beteiligten Unterabschnitte. Erhöhte Personalkosten tragen zu diesen Schwankungen ebenfalls stark bei.

Die Mitwirkungsleistungen sind aufgrund des Anstiegs der Kosten für den Winterdienst durch den starken Winter 2010 im Bereich Straßenunterhaltung (UA 6520) deutlich gestiegen.

b) Einzelpläne

Einzelplan 2 - Schulen

Sachkostenbeiträge

Bei der Planung der Sachkostenbeiträge, die der Landkreis zur Deckung der sächlichen Schulkosten vom Land erhält, wurde eine Verringerung der Sachkostenbeiträge um ca. 2 % berücksichtigt. Mit 4.554.863 € konnten die Sachkostenbeiträge fast identisch mit der Planzahl von 4.549.000 € abgerechnet werden. Dabei haben gestiegene Schülerzahlen die Verringerung der Sachkostenbeiträge fast ausgeglichen.

Verwaltungshaushalt

Die den Schulen zur eigenverantwortlichen Planung und Bewirtschaftung zur Verfügung gestellten Budgetmittel in Höhe von 963.800 €, wurden mit einem Ergebnis von ca. 926.500 € fast vollständig benötigt. Von den nicht benötigten Mitteln werden den Schulen 50 % für Mehrausgaben im Vermögenshaushalt des Folgejahres als Haushaltsrest übertragen. Für Bauunterhaltungsmaßnahmen wurden im Jahr 2010 insgesamt 2.012.904,53 € ausgegeben. Dieser Betrag beläuft sich auf die fast gleiche Höhe, wie im Vorjahr. Der Schwerpunkt der Unterhaltungsmaßnahmen lag mit über 1,3 Mio. € bei der Sanierung des A-Baus der Gewerblichen Schule Balingen, die größtenteils mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert wird. Für die Restarbeiten zur Sanierung der kaufmännischen Schule Hechingen wurden noch 284.000 benötigt. Der Großteil dieser Ausgaben ist über einen Haushaltsrest aus dem Vorjahr mit 185.000 € finanziert worden. Für den Umbau der ehemaligen Werkstatt zu Klassenräumen in der Hauswirtschaftlichen Schule Hechingen fielen in 2010 fast 256.000 € an.

Vermögenshaushalt

Für die Erweiterung und den Umbau der Rossentalschule in Truchteltingen war eine erste Rate von 1,4 Mio. € eingeplant. Davon wurden lediglich für Planungsleistungen rund 75.000 € benötigt. Die Maßnahme konnte nicht wie geplant begonnen werden, da die Förderung des Landes noch nicht bewilligt wurde. Die restlichen Mittel wurden daher als Haushaltsrest nach 2011 übertragen.

Für die Erweiterung der Weiherschule Hechingen wurden in 2010 die restlichen Fördermittel des Landes mit 340.500 € ausbezahlt. Da bei der Planung davon ausgegangen wurde, dass die Schlusszahlung erst in 2011 eingehen wird, konnten in 2010 170.500 € Mehreinnahmen verbucht werden.

Für die Beschaffung von Geräten und Einrichtungsgegenständen wurden von den Schulen aus den Budgetmitteln rund 477.500 € ausgegeben. Als Haushaltsrest wurden 190.700 € nach 2011 übertragen.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

Sozialhilfe

Leistungen nach dem SGB XII

Das Jahr 2010 war nach vielen Jahren einmal wieder dadurch gekennzeichnet, dass die kalkulierten Planzahlen im Haushalt nicht ausgereicht haben um die notwendigen Ausgaben zu decken.

So mussten im Bereich der Sozialhilfe bei den Leistungen der Eingliederungshilfe Mehrausgaben von nahezu 950.000 € aufgewendet werden. Ein Teil dieser höheren Aufwendungen konnte dadurch ausgeglichen werden, dass in anderen Bereichen weniger Ausgaben angefallen sind.

Die unerwartet höheren Ausgaben bei der Eingliederungshilfe sind nicht auf eine außergewöhnliche Zunahme bei den Leistungsempfängern zurückzuführen sondern darauf, dass die Pflege- und Betreuungssätze um ca. 7 % im Jahr 2010 angehoben wurden. Dies bedeutet letztendlich mehr Ausgaben von nahezu 1.000.000 €. Diese Entwicklung war bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 2010 noch nicht bekannt.

Grundsicherung für Arbeitssuchende

In diesem Bereich hat sich die negative Entwicklung aus dem Jahr 2009 so massiv nicht weiter fortgesetzt. Die Ausgabesteigerung ist daher nicht im eingeplanten Umfang eingetreten, sondern war um rund 400.000 € geringer. Dennoch sind die Ausgaben um rund 720.000 € höher als im Vorjahr.

In den übrigen Bereichen wie Asylbewerberleistungsgesetz, Kriegsopferfürsorge, Blindenhilfe usw. mussten geringfügig höhere Ausgaben getätigt werden. Dies führt insgesamt dazu, dass im Zuständigkeitsbereich des Sozialamtes für das Haushaltsjahr 2010 Mehraufwendungen gegenüber dem Haushaltsansatz von rund 620.000 € zu verzeichnen waren.

Jugendhilfe

Für das Jahr 2010 haben sich in der Jugendhilfe (Deckungsring 45) Mehrausgaben in der Größenordnung von 656.373,54 € ergeben. Dem stehen Mehreinnahmen von 354.643,57 € entgegen, so dass von einer Haushaltsüberschreitung in Höhe von 301.729,97 € netto auszugehen ist.

Die Gründe liegen in einem nachhaltig hohen Hilfebedarf bei den einzelnen Erziehungshilfemaßnahmen und dem politisch gewollten Ausbau der Kindertagesbetreuung.

1. Vollstationäre Unterbringungen

Die Fallzahlen in diesem sehr kostenintensiven Bereich konnten im Vergleich zu den Vorjahren in etwa konstant und im Vergleich zum Jahr 2009 sogar leicht gesenkt werden. Dies hat sich auch positiv auf die Heimkosten ausgewirkt, sodass die Ansätze in diesem Bereich unterschritten werden konnten.

Dies konnte nur erreicht werden durch eine intensive Nutzung und Inanspruchnahme ambulanter Betreuungsangebote (z. B. Sozialpädagogische Familienhilfe, Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung, Erziehungsbeistände, etc.). Aber auch insgesamt ist nach wie vor ein hoher Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen im Landkreis, insbesondere bei den ambulanten Hilfen festzustellen. Dies scheint ein landesweiter Trend zu sein.

2. Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung/Betreuungshelfer

Diese ambulante Hilfeart wird Jugendlichen gewährt, die einer intensiven Unterstützung zur sozialen Integration und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung bedürfen. In eine ähnliche Richtung zielt der Einsatz von Honorarkräften (Betreuungshelfer) zur Betreuung von Jugendlichen. Die Fallzahlen in beiden Bereichen sind im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen, was zu Mehrausgaben geführt hat.

3. Sozialpädagogische Familienhilfe

Charakteristisches Merkmal dieser Hilfe ist, dass der Versuch einem Familienverband zu stützen meist auf Familien mit mehreren Kindern ausgerichtet ist. Die Ausgaben bei dieser Hilfeart konnten knapp unter dem Niveau des Jahres 2009 gehalten werden. In der Annahme, dass das Jahr 2009 einen „Ausreißer“ darstellt, wurde der Ansatz 2010 etwas zu euphorisch unter dem tatsächlichen Rechnungsergebnis 2009 veranschlagt. Dies ist aber so nicht eingetroffen. Nach wie vor besteht ein hoher Bedarf bei dieser Hilfeart.

4. Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen

Diese Hilfeart soll Hilfen in akuten Notlagen im Alltagsleben von Familien ermöglichen. Dazu wird unter bestimmten Voraussetzungen ein Elternteil bei der Betreuung und Versorgung eines im Haushalt lebenden Kindes unterstützt, wenn der andere Elternteil, der die bisherige überwiegende Betreuung des Kindes übernommen hat, ausfällt. Ziel ist es, das familiäre Lebensumfeld zu erhalten. Die Fallzahlen in diesem Bereich sind sehr klein, im Jahr 2010 gab es eine verstärkte Nachfrage, weshalb der veranschlagte Ansatz deutlich überschritten wird.

5. Vollzeitpflege

Eine kostengünstige Variante zur Heimerziehung ist bei der vollstationären Unterbringung die Vollzeitpflege, die etwa ein Drittel einer Heimunterbringung kostet. Erfreulicherweise konnten in diesem Bereich die Fallzahlen geringfügig gesteigert werden, was bei diesem Bereich zu höheren Ausgaben gegenüber der Planung geführt hat.

6. Kindertagespflege

Die Ausgaben bei der Kindertagespflege haben sich deutlich erhöht. Entsprechend der politischen und gesetzlichen Vorgaben soll der zahlenmäßige Ausbau fortgeführt werden. Bis zum Jahr 2013 muss für jedes dritte Kind im Alter unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden, davon sollten mindestens 20 % durch die Kindertagespflege abgedeckt werden. Entsprechend sind die Fallzahlen im Zollernalbkreis weiter gestiegen.

Förderung neuer Altenpflegeplätze

Im Jahr 2010 wurde lediglich die Schlusszahlung für die Erweiterung des Pflegeheims „Haus am Pfarrbaum“ in Meßstetten in Höhe von 20.701 € ausbezahlt.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung

Kreiskliniken

Die Krankenhausbaumaßnahmen werden beim Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“ abgewickelt. Der Landkreis leistete im Jahr 2010 Investitionszuweisungen an den Eigenbetrieb.

Die Schlussabrechnung für die Errichtung des Parkplatzes Traubenstraße wurde dem Kreistag am 13.12.2010 vorgelegt. Die Maßnahme konnte mit 736.377,12 € abgerechnet werden. Die restlichen Investitionszuweisungen von 104.176,96 € wurden an den Eigenbetrieb ausbezahlt. Da zur Finanzierung 750.000 € zur Verfügung standen, wurden rund 14.000 € nicht benötigt. In dieser Höhe wurde auf die Bildung eines Haushaltsrestes verzichtet.

Für den Bau eines Regenwasserkanals vom Krankenhaus Balingen zur Eyach sind beim Eigenbetrieb in 2010 insgesamt 125.065,72 € ausgegeben worden, die vom Kreishaushalt als Investitionszuweisungen verrechnet worden sind. Die restlichen Mittel von knapp 20.000 € wurden als Haushaltsrest übertragen.

Für die Sanierung und Erweiterung des Krankenhauses Balingen wurden im Jahr 2010 14.620.000 € Kreismittel zur Verfügung gestellt. Die bisher angefallenen Baukosten konnten jedoch noch voll über die Landesförderung abgedeckt werden. Zusammen mit den bereits in Vorjahren bereitgestellten Mitteln wurde ein Haushaltsrest von 19.885.234,69 € nach 2011 übertragen.

In der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 26.4.2010 wurde die Bauabrechnung für die Brandschutzmaßnahmen am Krankenhaus Albstadt vorgelegt. Ein erheblicher Teil der Maßnahme wurde im Rahmen der Aufstockung und der Pflegebausanierung abgewickelt und abgerechnet. Für die Beseitigung verschiedener Mängel in den nicht sanierten Bereichen des Pflegebaus, insbesondere aber im Funktionsbau und im Personalwohnheim stand noch ein Betrag von 550.000 € bereit. Die Maßnahmen konnten mit 335.016,14 € abgeschlossen werden. Aus der letzten Brandverhütungsschau ergaben sich keine weiteren Auflagen. Im Haushalt 2010 wurden noch 38.559,14 € mit dem Eigenbetrieb verrechnet. Die restlichen Mittel von 214.983,86 € sind eingespart und tragen zur Verbesserung des Jahresergebnisses bei.

Einzelplan 6 – Kreisstraßen

Gemeinschaftsaufwand, Unterabschnitt 1.6520

Der Landkreis ist für die gemeinschaftliche Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Zollernalbkreis zuständig. Der Gemeinschaftsaufwand umfasst die Kosten der betrieblichen Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes im Landkreis mit Ausgaben für Personal- und Sachkosten von insgesamt 5.155.981,41 €.

Dabei haben die Ausgaben für den Winterdienst einen besonderen Stellenwert. Gerade die letzten beiden Winter führten zu einem pausenlosen Einsatz der Winterdienstfahrzeuge der Straßenmeistereien Balingen und Lautlingen sowie der im Winterdienst vertraglich eingesetzten Fremunternehmer. Dies hat unmittelbare und deutliche Auswirkungen auf die Ausgaben, so dass Kostensteigerungen für Streusalzbezug (430.000 €), Betrieb der Fahrzeuge und Winterdienstgeräte (114.000 €) und Kostenerstattungen an die Fremunternehmer (365.000 €) die Folge waren.

Bei den Kostenersätzen konnten Mehreinnahmen von 65.000 € erzielt werden. Anteil dabei hatte die Vermietung der Sondergeräte wie Markierungsmaschine und Steigerfahrzeug mit Arbeitsbühne. Damit konnte das Ziel eines wirtschaftlichen Betriebes erreicht werden und zudem ein Beitrag zur interkommunalen Zusammenarbeit geleistet werden. Zum Anderen haben beide Straßenmeistereien zusätzlich zu ihren täglichen Aufgaben des Straßenbetriebsdienstes auch für Baumaßnahmen an Bundes- Landes- und Kreisstraßen Dienstleistungen wie Aufstellen und Unterhaltung von überörtlichen Umleitungsbeschilderungen, Absperrungen, Sicherheitsleistungen bei Sportgroßveranstaltungen etc. erbracht.

Die Kosten des Gemeinschaftsaufwandes wurden auf die Baulastträger Bund und Land und Landkreis aufgeteilt, so dass der Mehraufwand beim Straßenbetriebsdienst durch höhere Erstattungen von Bund und Land teilweise gedeckt ist. Dem Landkreis ist ein höherer Kostenanteil von 414.000 € (gegenüber Planansatz 1.100.000 €) verblieben.

Unterhaltung Kreisstraßen, Unterabschnitt 1.6500

Für die laufende Unterhaltung der Kreisstraßen wurden einschließlich des Anteils am Gemeinschaftsaufwand 1.812.339,33 € ausgegeben. Die Erhöhung der Ausgaben um rund 414.000 € ist zurückzuführen auf den wesentlich höheren Kreisanteil beim Gemeinschaftsaufwand (Winterdienst). Diese konnten trotz höherer Zuweisungen im Straßenlastenausgleich (FAG) nicht ausgeglichen werden.

Nachdem nun alle Ampel- und Signalanlagen an Kreisstraßen auf LED-Technik umgestellt wurden und ein neuer Wartungsvertrag vom Landkreis mit einer Fachfirma abgeschlossen werden konnte, wurden die Zuweisungen für die laufende Unterhaltung und Betrieb dieser Anlagen nicht mehr an die Städte und Gemeinden 2010 ausbezahlt sondern verbleiben beim Landkreis.

Unterhaltung Landesstraßen, Unterabschnitt 1.6650

Der Landkreis erhält vom Land pauschale Zuweisungen um kleinere Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen im Fahrbahnbereich und bei Nebenanlagen wie Regenrückhaltebecken etc. durchführen zu können. Der Aufgabenschwerpunkt bestand wie in den Jahren zuvor bei den Fahrbahnsanierungen.

Belagsmaßnahmen, Brückensanierungen, Rutschungssanierungen

Die im Vermögenshaushalt bei Finanzposition 2.6500.9510.000-0100 vorgesehenen Maßnahmen konnten bis auf den Belag K 7151 OD Meßstetten (Kanalarbeiten und Wintereinbruch) mit Gesamtinvestitionen von 810.000 € realisiert werden.

Straßenbaumaßnahmen

Die Deckenverstärkungsarbeiten an den Kreisstraßen K 7161 Ringingen - Salmendingen, und der K 7170 Ratshausen – Hausen a.T. mit Ausgaben von 336.000 € wurden ebenfalls abgeschlossen.

Ebenso wurde in der K 7169 OD Schömberg, Schweizerstr., die Verkehrsbremse mit Querungshilfe als verkehrssichernde Maßnahme eingebaut.

Fahrzeug- und Gerätebeschaffung Straßenunterhaltungsdienst, Unterabschnitt 2.6520

Für den Straßenunterhaltungsdienst wurde auf Grundlage der beschlossenen Fahrzeugkonzeption die im Vermögenshaushalt 2010 vorgesehenen Ersatzbeschaffungen in Höhe von 518.000 € getätigt. Der Investitionsanteil des Bundes an der Beschaffung der Fahrzeuge und Geräte betrug 2010 69.000 €. Der Anteil des Landes ist mit der Pauschalzuweisung nach dem Verwaltungsreformgesetz abgegolten.

Umrüstung Signalanlagen auf LED-Technik

Der Landkreis hat 2010 alle bis dahin noch nicht mit LED-Technik ausgerüsteten Signalanlagen an Bundes- Landes- und Kreisstraßen umgerüstet. Somit sind nun alle Anlagen im Zuständigkeitsbereich des Landkreises mit dieser neuen Technik ausgestattet. Dadurch ergeben sich Einsparungen bei der laufenden Unterhaltung und beim Stromverbrauch, so dass sich diese Investitionen in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung der Strompreisentwicklung amortisieren werden.

Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

Abfallwirtschaft

Die Gebühren für den Zeitraum 2009/2010 wurden kostendeckend kalkuliert. Nach Abschluss der Kalkulationsperiode ergibt sich gegenüber der Kalkulation für beide Jahre zusammen eine Unterdeckung von 309.949,92 €. In Relation zum gesamten Gebührenaufkommen der beiden Jahre bedeutet dies eine Abweichung um rund 1,8%. Durch eine weitere Entnahme der restlichen 44.246,39 € aus der Sonderrücklage Gebührenüberdeckung konnte die Unterdeckung auf 265.703,53 € verringert werden. Die Verwaltung schlägt vor, gemäß § 14 Kommunalabgabengesetz die Unterdeckung mit der nächsten Kalkulation auszugleichen.

Die Unterdeckung ist damit zu begründen, dass die gewerblichen Abfallmengen sowohl bei der öffentlichen Abfuhr aber insbesondere auch bei den Selbstanlieferungen auf der Deponie zurückgegangen und damit Beiträge zur Deckung der Gemeinkosten entfallen sind. Offenbar waren nicht nur konjunkturbedingte Rückgänge ursächlich sondern auch kostengünstigere Entsorgungswege, die das Gewerbe gefunden hat.

Schülerbeförderung

In der Schülerbeförderung kam es 2010 zu Mehrausgaben von 54.000 €. In der Planung war man davon ausgegangen, dass der Schüleranteil mit Schülermonatskarten zurückgeht. Dieser Rückgang hat sich zwar eingestellt, jedoch in deutlich geringerem Ausmaß. Bei den Berufsschülern gab es sogar entgegen der Erwartung eine Steigerung. Gründe für diese Schwankungen und die Veränderungen des Schülerverhaltens sind in der Regel nicht greifbar zu machen. Insgesamt betrachtet wurden im Schuljahr 2009/2010 0,26 % weniger Schülermonatskarten ausgegeben. Der Rückgang ist damit deutlich kleiner als im Vorjahr (1,38 %).

Abzüglich der Eigenanteile mussten insgesamt rd. 46.000 € mehr für die Schülermonatskarten ausgegeben werden. Mehrausgaben von ebenfalls rd. 46.000 € fielen für den interkommunalen Lastenausgleich an, also für die Mitfinanzierung der Fahrtkosten für Sonderschüler in Einrichtungen außerhalb des Landkreises. Im vertraglichen Bereich konnten dagegen rd. 38.000 € eingespart werden.

ÖPNV

Im öffentlichen Personennahverkehr wurden die für 2010 veranschlagten Mittel benötigt. Für die Abrechnung des Stadtverkehrs Albstadt wurde ein Haushaltsrest gebildet. Dort konnte seitens der Stadt Albstadt die Abrechnung für 2010 zum Jahresende nicht fertig gestellt werden. Für die Standardisierte Bewertung der RegionalStadtBahn wurde ebenfalls ein Haushaltsrest gebildet. Die Standardisierte Bewertung soll 2011 fertig gestellt und abgerechnet werden.

Einzelplan 8 – OEW-Ausschüttung

Die OEW hat die Ausschüttung aus ihren Vermögenserträgen an die Verbandsmitglieder für die Jahre 2010 bis 2012 um 10 Mio. € auf 60 Mio. € erhöht. Entsprechend dem Anteil des Zollernalbkreises von 8,712% konnte eine Einnahme von 5.227.200 € verbucht werden.

Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde

Die Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörden werden den Landkreisen nach § 11 Abs. 3 FAG als eigene Einnahmen überlassen.

Die Gebühreneinnahmen der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde blieben mit 5.225.958,50 € leicht unter dem Haushaltsansatz von 5.274.000 €. In den meisten Fachbereichen konnten die geplanten Ansätze erreicht und teilweise sogar leicht übertroffen werden.

Zu starken Einnahmeeinbrüchen kam es vor allem im Bereich der Zulassungs- und Vermessungsgebühren. Das Verkehrsamt erzielte rund 114.000 € weniger Einnahmen als geplant. Ebenso blieb das Vermessungsamt knapp 62.000 € unter dem Ansatz.

Dies konnte durch Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt 110.838 € in den Bereichen Baurecht und Immissionsschutz teilweise ausgeglichen werden.

Grunderwerbsteuer

Nachdem in 2009 mit 4.144.349,86 € ein langjähriger Tiefstand bei den Grunderwerbsteuereinnahmen zu verzeichnen war und die Entwicklung für 2010 einen weiteren Abwärtstrend befürchten ließ, wurde der Ansatz in 2010 auf 3.800.000 € gesenkt. Die überraschend schnelle Erholung der deutschen Gesamtwirtschaft schlug sich auch auf den Grundstücksmarkt nieder, so dass in 2010 doch 4.634.119,28 € eingenommen werden konnten.

Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS)

Der KVJS kann von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, soweit die sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für den, allen Mitgliedern nach gleichem Maßstab zurechenbaren Aufwand, wird eine allgemeine Umlage erhoben. Sie bemisst sich je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und nach den Steuerkraftsummen der Stadt- und Landkreise.

Die Umlage an den KVJS wurde in den Jahren 2006 – 2009 laufend gesenkt. Für das Jahr 2010 wurde allerdings eine Erhöhung auf 625.000 € notwendig. Mit der tatsächlich abgeführten Umlage in Höhe von 624.876,05 € ist man knapp unter dem geplanten Ansatz geblieben.

Allgemeiner Finanzausgleich 2010

Das Land stellt die Schlüsselzuweisungen den Landkreisen als allgemeine Finanzmittel zur Verfügung und gleicht damit auch die unterschiedliche Finanzkraft der Landkreise untereinander aus.

Bei den Schlüsselzuweisungen machte sich der unvorhergesehene schnelle Wirtschaftsaufschwung bemerkbar. Die Schlüsselzuweisungen des Zollernalbkreises, die entsprechend den Empfehlungen im Haushaltserlass veranschlagt wurden, lagen mit 21.636.740 € um 1.276.740 € über dem Haushaltsansatz und lagen auch um 1.642.269 € über dem Rechnungsergebnis 2009.

Bei den Einnahmen aus der Kreisumlage wurde der Planansatz beinahe erreicht, mit einer ganz geringfügigen Unterschreitung um 1.005,77 €. Mit 52.168.994,23 € lag das Kreisumlageaufkommen um über 2,8 Mio. € über dem Vorjahresergebnis.

Für die Aufgaben als staatliche untere Verwaltungsbehörde erhält der Landkreis Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG. Zum Ausgleich der Belastungen aus dem Sonderbehördeneingliederungsgesetz werden den Landkreisen Mittel nach § 11 Abs. 4 FAG zugewiesen. Die Gesamteinnahmen dieser Zuweisungen betrugen 3.920.541,12 €. Somit lagen sie 120.541,20 € über dem Planansatz.

Die pauschale Zuweisung zum Ausgleich der dem Landkreis durch das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz übertragenen Aufgaben nach § 11 Abs. 5 FAG betrugen 6.692.069,76 €. Der Planansatz ging von 6.743.000 € aus.

Zins- und Tilgungsausgaben

Die Zinslast einschließlich der Zinsen für das Innere Darlehen und die Sonderrücklage verringerte sich weiter, da nach wie vor keine neuen Kredite aufgenommen werden mussten. Die Aufwendungen betrugen 598.697,98 € gegenüber 633.275,76 € im Vorjahr.

Für Tilgungen wurden in 2010 insgesamt 435.000 € aufgewendet. Eine Tilgung des Inneren Darlehens war in 2010 nicht notwendig, da der Stand der Sonderrücklage Rekultivierung/Nachsorge noch höher war als der Stand des Inneren Darlehens.

III. ALLGEMEINE RÜCKLAGE / SONDERRÜCKLAGE

1. Allgemeine Rücklage

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2010 war eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 21.596.822,37 € vorhanden.

Rücklagenentnahme 2010 9.124.537,35€

Somit beläuft sich der Rücklagenbestand zum Schluss des Haushaltsjahres 2010 auf 12.472.285,02 €
=====

Die Allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Sie soll ferner die Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre erleichtern. Gem. § 20 Abs. 2 GemHVO muss ein Mindestbetrag von 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre vorhanden sein.

Nachrichtlich:

Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne Innere Verrechnungen) der letzten drei Jahre

2007	135.716.530,12 €
2008	140.831.752,59 €
2009	144.778.117,71 €

Durchschnitt der letzten drei Jahre: 140.442.133,47 €
davon 2 % Mindestbetrag Rücklagenbestand = 2.808.842,67 €

Entwicklung der allgemeinen Rücklage

HH-Jahr	Stand 01.01. Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12. Euro
1998	3.961.016,96	3.758.769,81	-	7.719.786,77
1999	7.719.786,77	-	500.512,50	7.219.274,27
2000	7.219.274,27	161.438,27	-	7.380.712,54
2001	7.380.712,54	2.478.749,46	-	9.859.462,00
2002	9.859.462,00	-	-	9.859.462,00
2003	9.859.462,00	-	7.325.480,00	2.533.982,00
2004	2.533.982,00	-	-	2.533.982,00
2005	2.533.982,00	-	-	2.533.982,00
2006	2.533.982,00	6.027.241,20	-	8.561.223,20
2007	8.561.223,20	5.205.351,36	-	13.766.574,56
2008	13.766.574,56	4.609.700,06	-	18.376.274,62
2009	18.376.274,62	3.220.547,75	-	21.596.822,37
2010	21.596.822,37	-	9.124.537,35	12.472.285,02

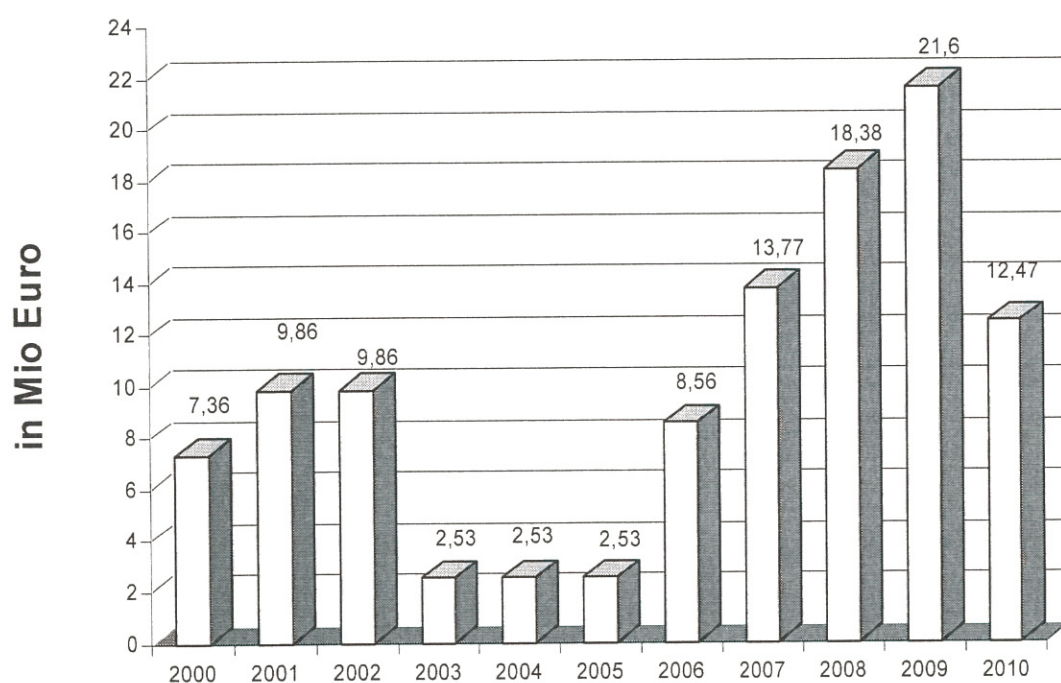
2. Sonderrücklage

In der Abfallgebührenkalkulation werden aufgrund § 18 Abs. 1, Ziff. 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) auch Kosten für Nachsorgemaßnahmen an der Mülldeponie (z.B. Rekultivierung, Sickerwasserbeseitigung, Entgasung) einbezogen und einer Sonderrücklage zugeführt. Die der Sonderrücklage zuzuführenden Beträge werden vom Kreistag jeweils im Rahmen der Gebührenkalkulation beschlossen. Ab 2001 wird die Kostenüberdeckung der Abfallentsorgung in einer separaten Sonderrücklage ausgewiesen.

Entwicklung der Sonderrücklage für Nachsorgemaßnahmen für die Abfallentsorgung

HH-Jahr	Stand 01.01. Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12. Euro
1998	7.142.677,29	582.442,02	-	7.725.119,32
1999	7.725.119,32	606.525,79	-	8.331.645,11
2000	8.331.645,11	680.818,83	-	9.012.463,94
2001	9.012.463,94	1.041.806,22	-	10.054.270,16
2002	10.054.270,16	1.110.789,90	200.456,32	10.964.603,74
2003	10.964.603,74	1.217.750,00	532.243,71	11.650.110,03
2004	11.650.110,03	440.000,00	575.939,62	11.514.170,41
2005	11.514.170,41	402.995,96	544.651,48	11.372.514,89
2006	11.372.514,89	398.038,02	1.273.440,90	10.497.112,01
2007	10.497.112,01	367.398,92	887.523,70	9.976.987,23
2008	9.976.987,23	349.194,55	701.202,58	9.624.979,20
2009	9.624.979,20	336.874,27	804.546,14	9.157.307,33
2010	9.157.307,33	320.505,76	666.702,50	8.811.110,59

Entwicklung der Allgemeinen Rücklage



IV. SCHULDEN; KASSENLIQUIDITÄT

Schuldenstandentwicklung

HH-Jahr	Stand 01.01.	Neuaufnahmen	Tilgungen	Stand 31.12.	EURO /Einw.
1987	32.324.972,95	818.067,01	2.103.247,21	31.039.792,74	181,77
1988	31.039.792,74	-	2.164.966,02	28.874.826,72	166,61
1989	28.874.826,72	-	2.168.718,65	26.706.108,08	152,55
1990	26.706.108,08	-	3.222.670,94	23.483.437,14	129,87
1991	23.483.437,14	-	2.092.348,38	21.391.088,76	116,92
1992	21.391.088,76	356.719,90	2.056.511,34	19.691.297,31	106,35
1993	19.691.297,31	1.977.548,87	1.925.693,15	19.743.153,03	103,23
1994	19.743.153,03	3.149.103,33	1.952.817,12	20.939.439,24	109,23
1995	20.939.439,24	1.306.350,76	1.939.766,76	20.306.023,24	105,29
1996	20.306.023,24	766.937,82	2.732.213,69	18.340.747,37	95,10
1997	18.340.747,37	-	1.626.503,32	16.714.244,05	86,81
1998	16.714.244,05	-	1.627.571,03	15.086.673,02	78,36
1999	15.086.673,02	-	1.515.859,05	13.570.813,97	70,33
2000	13.570.813,97	-	1.504.611,88	12.066.202,08	62,55
2001	12.066.202,08	-	1.438.155,48	10.628.046,60	55,06
2002	10.628.046,60	820.397,64	1.252.365,30	10.196.078,94	52,68
2003	10.196.078,94	3.983.780,38	1.026.248,20	13.153.611,12	67,94
2004	13.153.611,12	5.700.000,00	692.709,62	18.160.901,50	94,02
2005	18.160.901,50	3.000.000,00	701.241,55	20.459.659,95	106,05
2006	20.459.659,95	-	766.099,34	19.693.560,61	102,30
2007	19.693.560,61	-	878.575,27	18.814.985,34	98,01
2008	18.814.985,34	-	2.151.231,01	16.663.754,33	87,19
2009	16.663.754,33	-	863.947,00	15.799.807,33	83,22
2010	15.799.807,33	-	435.000,00	15.364.807,33	81,27

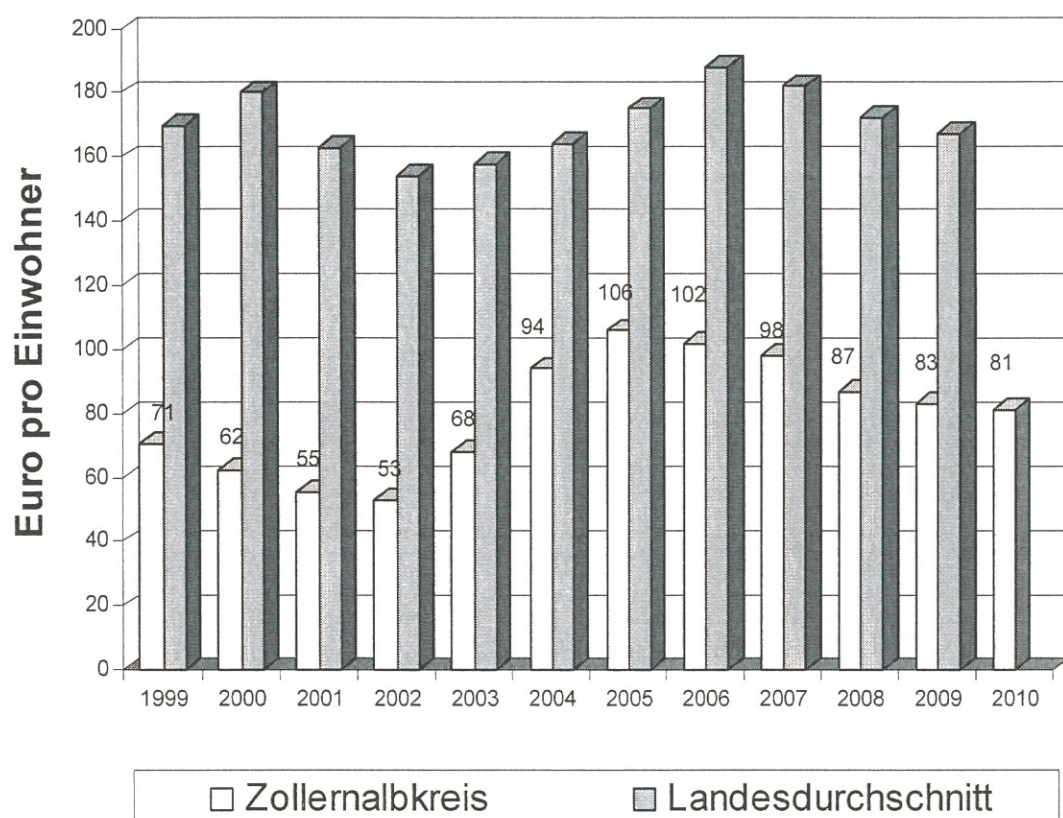
Der Schuldenstand am 31.12.2010 von 15.364.807,33 € setzt sich zusammen aus:

6.592.500,00 € äußeren Krediten
8.772.307,33 € inneren Darlehen bei der Sonderrücklage

Kassenliquidität

Infolge des ganzjährig hohen Bestandes der Allgemeinen Rücklage, war die Kassenliquidität stets gesichert. Kassenkredite mussten nicht in Anspruch genommen werden. Vielmehr konnten das ganze Jahr über die Kassenmittel angelegt werden. Die Zinseinnahmen sind trotz der hohen Liquidität infolge drastisch fallender Zinssätze auf 234.758,57 € (im Vorjahr 555.461 €) zurückgegangen.

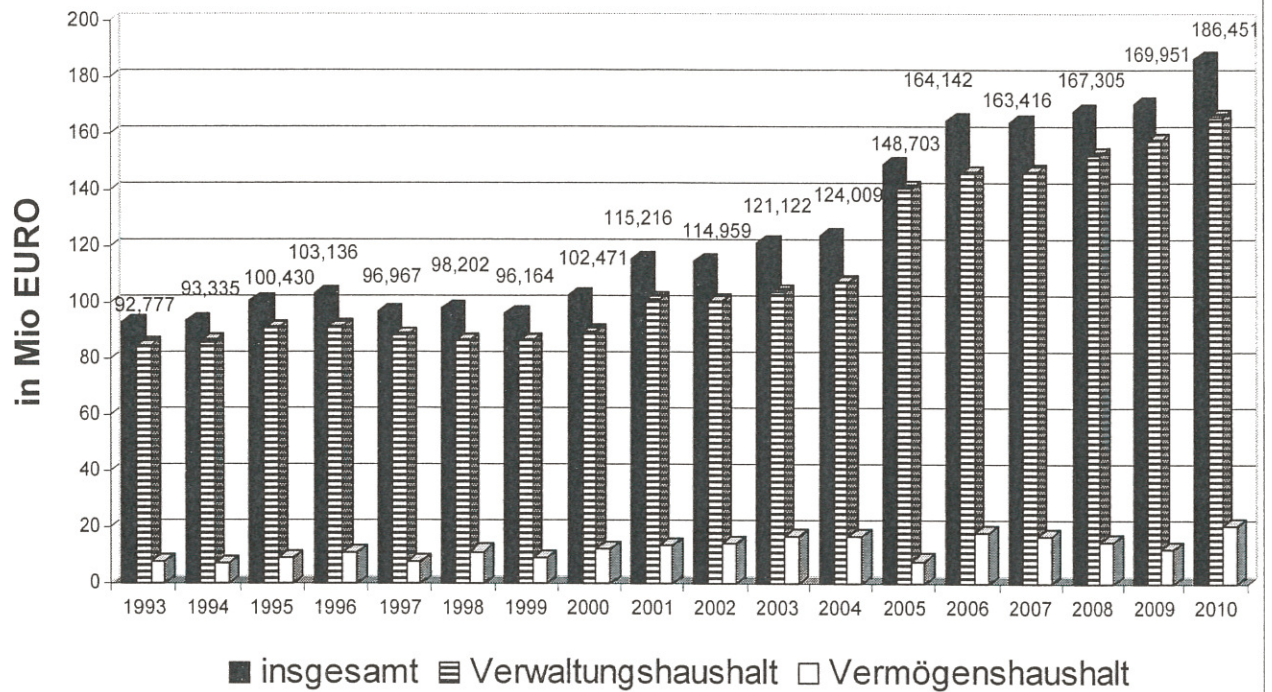
Entwicklung des Schuldenstandes



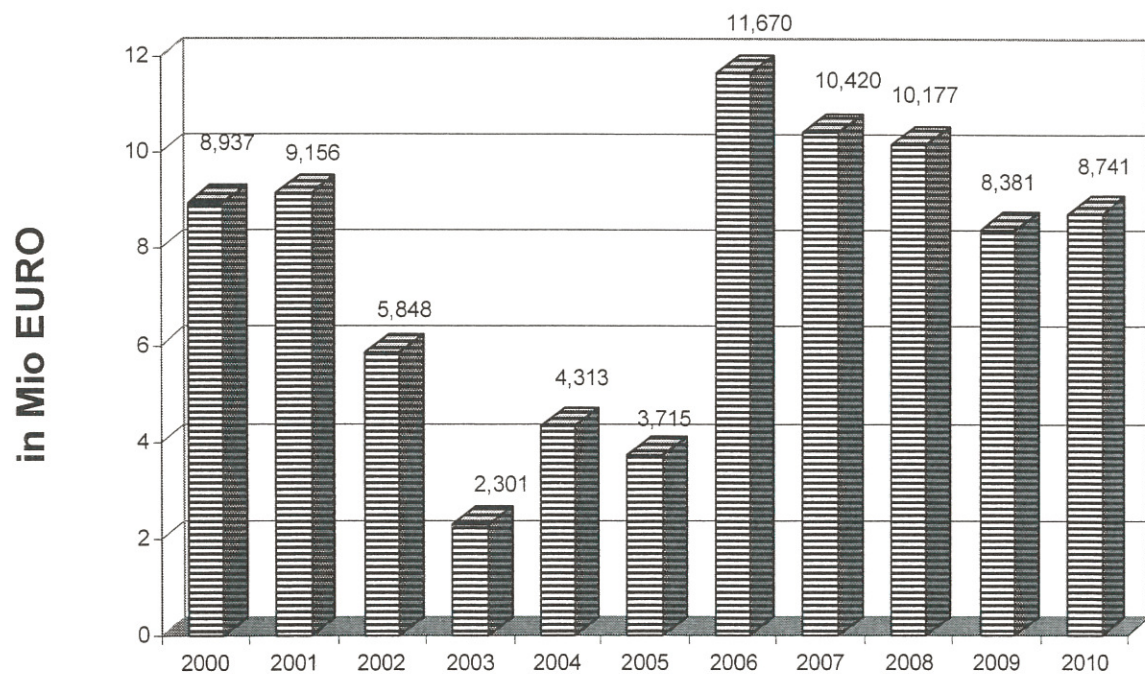
V. ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN ÜBER MEHRERE JAHRE

	2004 Euro	2005 Euro	2006 Euro	2007 Euro	2008 Euro	2009 Euro	2010 Euro
1. Haushalt							
Gesamthaushalt	124.008.503	148.703.574	164.142.428	163.416.024	167.304.218	169.951.325	186.450.841
davon Verwaltungshaushalt	106.946.842	140.372.485	145.680.820	146.256.613	152.391.688	157.441.088	165.416.560
Vermögenshaushalt	17.061.661	8.331.089	18.461.609	17.159.411	14.912.530	12.510.238	21.034.281
2. Einzelne Einnahmen							
Kreisumlage	39.873.860	43.285.611	45.422.204	42.709.197	44.024.672	49.318.273	52.168.994
Grundwerbsteuer	4.830.580	4.444.848	4.519.578	4.256.175	4.558.832	4.144.350	4.634.119
Gebühren der unt. Verwaltungsbehörde	3.322.078	5.676.241	5.671.717	5.684.962	5.625.738	5.376.125	5.225.959
FAG-Zuweisungen							
- Schlüsselzuweisungen	10.445.264	12.056.995	13.864.194	18.218.521	21.100.837	19.994.471	21.636.740
- für staatliche untere Verwaltung	2.065.653	2.069.576	2.058.902	2.058.812	2.058.494	2.044.820	2.030.262
- Sonderbehördeneingliederung	1.278.200	1.259.940	1.348.159	1.377.963	1.560.400	1.777.509	1.890.279
- Verwaltungsreformgesetz		7.398.040	7.219.860	6.935.670	6.782.367	6.492.560	6.692.070
3. Einzelne Ausgaben							
Personalausgaben	16.103.246	27.023.871	26.079.652	25.815.248	26.691.314	28.026.934	28.223.383
sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufw.	30.589.982	46.601.730	53.797.600	52.321.210	55.166.749	59.485.618	61.152.134
Zuschuss Sozialhaushalt	29.040.380	54.451.068	54.419.589	55.595.243	58.242.579	61.147.512	64.627.488
LWV-Umlage	21.497.497	465.992	-	-	-	-	-
Zinsen für äußere Kredite	174.932	285.792	332.240	342.538	325.302	296.401	278.192
FAG-Umlage	2.537.261	3.237.644	3.360.364	3.652.596	4.053.686	5.014.982	5.580.640
KVJS-Umlage	-	1.369.806	748.086	759.176	634.549	585.728	624.876
4. Zuführung zum Vermögenshaushalt	4.313.481	3.714.677	11.670.051	10.419.888	10.177.117	8.381.001	8.740.605
5. Überschuss	-	-	6.027.241	5.205.351	4.609.700	3.435.532	-

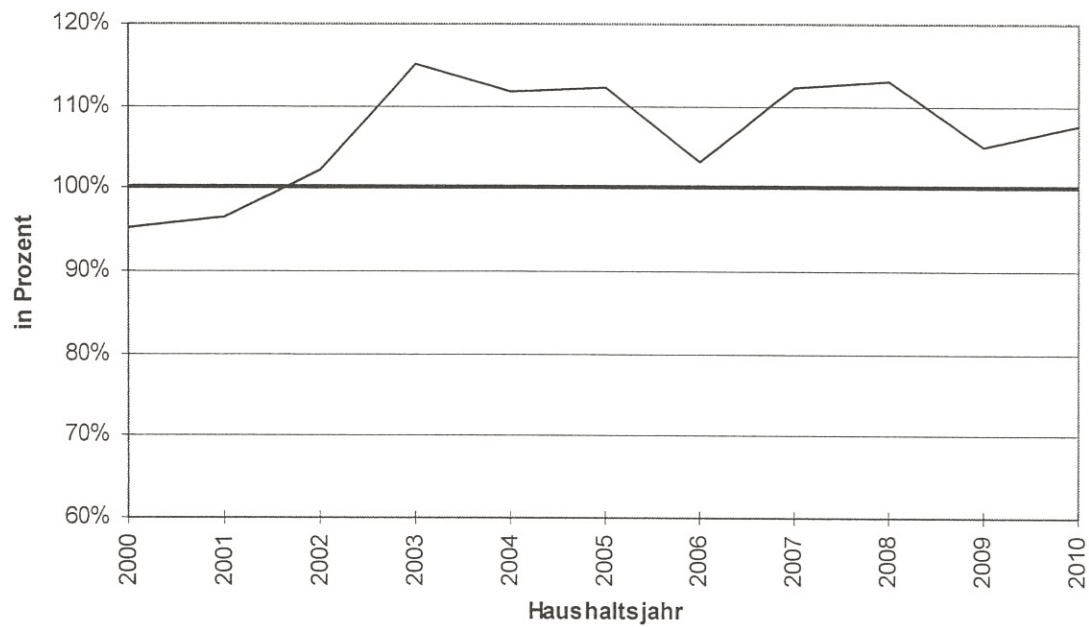
Entwicklung des Haushaltsvolumens



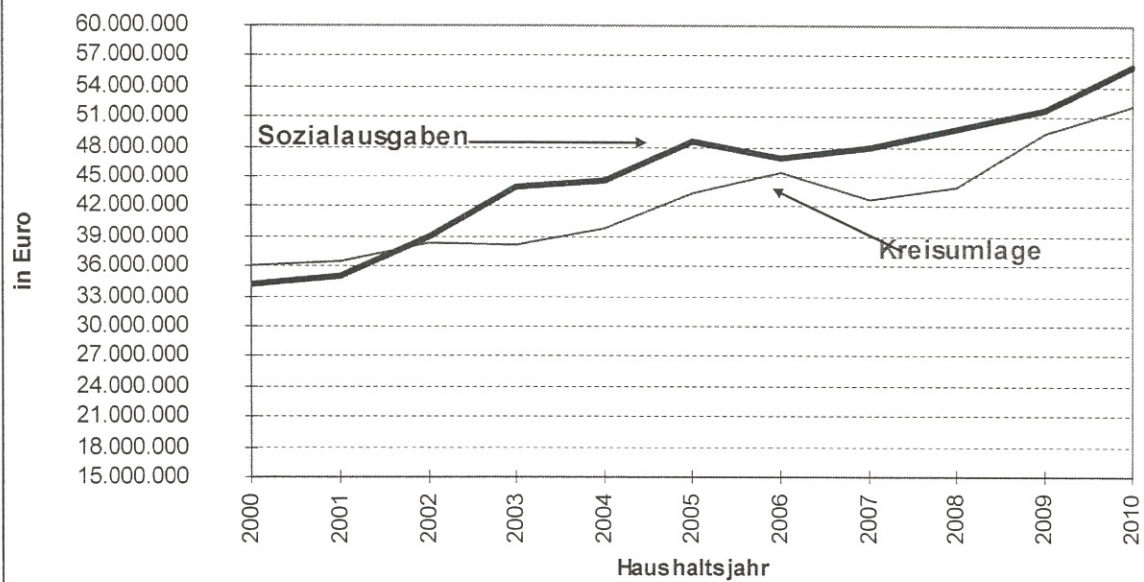
Zuführung zum Vermögenshaushalt



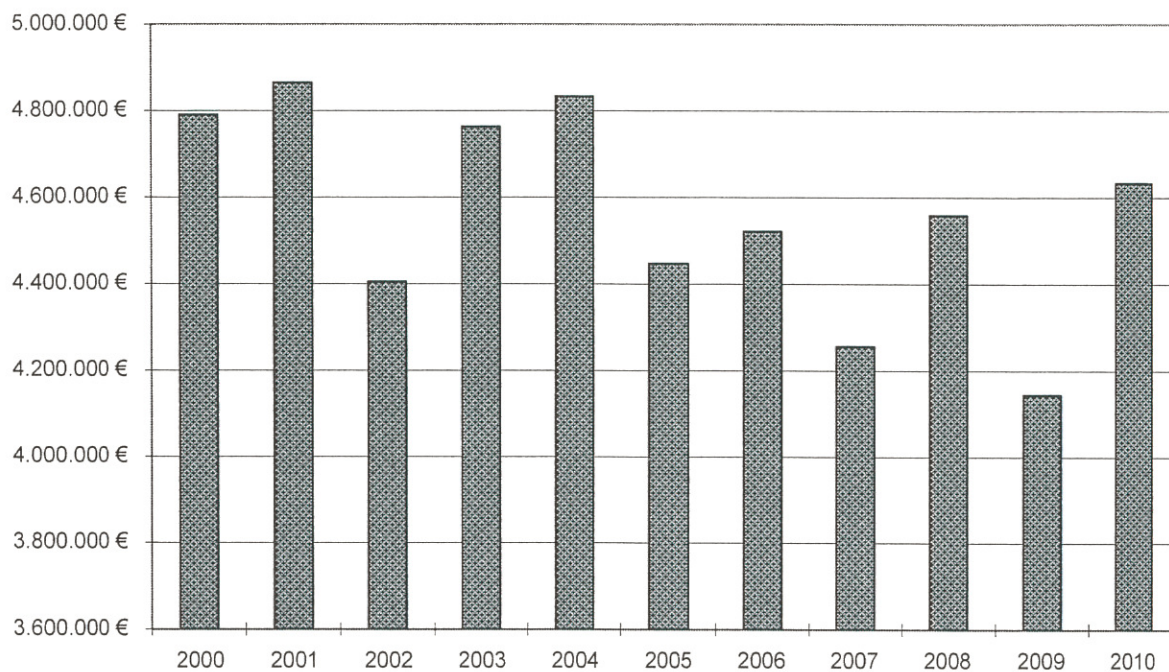
Anteil Sozialleistungen an der Kreisumlage



Vergleich Sozialausgaben / Kreisumlage

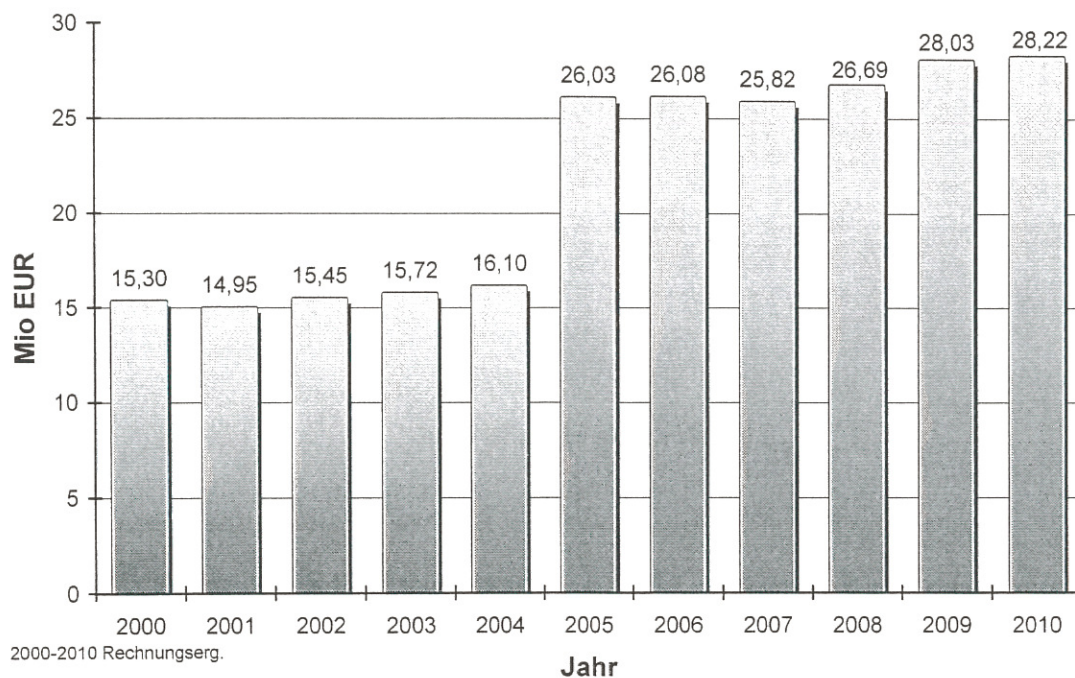


Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens (Veranlagung nach neuem Recht)



Personalkostenentwicklung 2000 - 2010

Kosten/Jahr



VI. HAUSHALTSRESTE

Entwicklung der Haushaltseinnahmereste 2010

Im Jahr 2010 wurden verbucht

Haushaltseinnahmereste Vorjahr	170.345,11 €
neue Haushaltseinnahmereste	<u>249.260,45 €</u>
mehr gegenüber Vorjahr	78.915,34 €
	=====

Aufgrund der Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung sind Haushaltseinnahmereste nur bei Einnahmen des Vermögenshaushalts zulässig und nur dann, wenn der Geldeingang im Folgejahr gesichert ist.

Entwicklung der Haushaltsausgabereste

Haushaltsausgabereste Vorjahr	10.323.708,96 €
neue Haushaltsausgabereste	<u>24.590.254,63 €</u>
mehr gegenüber Vorjahr	14.266.545,67 €
	=====

Die Bildung der Haushaltsreste war erforderlich, da die Ausgabeansätze im abzuschließenden Jahr nicht verbraucht wurden, die Maßnahmen jedoch im darauf folgenden Jahr fortgesetzt werden. Durch die Bildung der Haushaltsreste bleiben die Haushaltsansätze gemäß § 19 und § 41 GemHVO über den Jahresabschluss hinaus verfügbar.

Im Einzelnen wurden folgende Haushaltsreste gebildet:

1. Haushaltseinnahmereste

im Vermögenshaushalt

- Radwege	- Zuweisungen und Zuschüsse von Gemeinden	79.332,78 €
- Kreisstraßen	- Zuw. und Zusch. von Gemeinden/ Land	169.927,67 €
Summe		249.260,45 €

2. Haushaltsausgabereste

im Verwaltungshaushalt

- Schulen	- Gebäudeunterhaltung (Amok – Konzept, KP II...)	531.000,00 €
	- Bildungsbericht	5.000,00 €
- Gesundheit	- Kosten für Pockenschutz	4.150,00 €
- Abfallwirtschaft	- Gutachten Rohstoffpot. Deponie	68.529,64 €
-ÖPNV und Verkehr	- Blitzer Schömborg	5.000,00 €
	- ÖPNV Programm Albst. und - standard. Bewertung	34.492,95 €
- Umwelt	- Öffentlichkeitsarbeit	5.851,47 €
- Brandschutz	- PC und Beamer Führungsstab	5.000,00 €
	- digitale Alarmierung	6.000,00 €
- Soziales	- Sozialplanung	5.000,00 €
-Straßen	- Unterhaltung Kreisstraßen	39.000,00 €
- Wirtschaftsförderung	- DSL – Ausbau	5.000,00 €
- Sicherheit und Ordnung	- Pauschalvertrag Fundtierkosten	71.000,00 €
Summe		785.024,06 Euro

im Vermögenshaushalt

- Verwaltungsgebäude	- Reinigung	3.450,55 €
	- Vernetzung Außenstellen	9.000,00 €
	- Sicherungsmaßnahmen Archiv	2.885,85 €
-Zentrale Dienste	- Abrechnung TK-Anlage und Anbindung Außenstellen	104.000,00 €
	-zentrale Beschaffungen	37.562,45 €
- EDV	- IT Beschaffungen und IT Sicherheit	88.000,00 €
- Verwaltungsschule	- Zuschuss f. Ausbildung mittlerer Dienst	2.936,37 €
- Feuerwehrwesen	- Umstellung Geräte auf Digitalfunk	15.000,00 €
	- Kreisweite Fahrzeugkonzeption	52.000,00 €
	- Umstellung Leitstelle auf Digitalfunk	155.000,00 €
- Katastrophenschutz	- Notfallset Verwaltungsstab	2.000,00 €
- Schulen	- Erwerb von bewegl. Sachen	190.700,00 €
	- HWS HCH Anbau Cafeteria	10.000,00 €
	- Umbau Erweiterung Rossentalschule	1.324.293,42 €

	- Weierschule Garage für Spielgeräte	12.000,00 €
- Archiv	- Regale Kreisarchiv	2.584,61 €
- Umwelt	- Naturschutzmaßnahme	30.690,00 €
- Jugendamt	- EDV-Verfahrenseinführung	16.669,63 €
- Krankenhäuser	- Investitionszuweisung	20.069.720,90 €
- Veterinärwesen	- Logistikzentrum Tierseuchenbek.	25.381,74 €
- Kreisstraßen	- Sanierung und Ausbau	579.355,05 €
	- Kanalisationsbeiträge	140.000,00 €
	- Radwegebau	50.000,00 €
- Straßenmeistereien	- Kauf Straßenmeist. Lautlingen	700.000,00 €
- Abfallwirtschaft	- Zuschuss Kläranlage Hechingen	162.000,00 €
- Bauhof	- Ersatz Kommunaltraktor	20.000,00 €
Summe		23.805.230,57 Euro

VII. HAUSHALTSÜBERSCHREITUNGEN

Im Haushaltsjahr 2010 wurden folgende über- und außerplanmäßigen Ausgaben geleistet, welche durch die entsprechenden Gremien genehmigt wurden:

Haushaltsstelle	Bezeichnung der Haushaltsstelle	Betrag EUR	Genehmigung durch
1.0200.6610.000	Umlage an den Landkreistag	12.702,55	VF 06.06.2011
1.2401.5008.000	Erweiterung ELA-Anlage an allen Schulen/Amokkonzept	92.000,00	KT 19.07.2010
1.4030.6780.000	unerwartet hohe Zugangszahlen im Flüchtlingswohnheim	11.386,36	VF 06.06.2011
DR 41 - BSHG	Sozialhilfe	1.348.121,64	KT 11.07.2011
DR Steuern/Versicherung	Malusprämie 2010	13.341,95	VF 06.06.2011
Budget Amt 40	Erhöhung der Fahrtkosten/Dienstreisen	16.469,97	SKS 30.05.2011
DR 45- Jugendhilfe	Deckungsring Jugendhilfen	656.373,54	KT 11.07.2011
DR Unterhaltsvorschuss	Erhöhung der Unterhaltsvorschussbeiträge	56.472,60	KT 11.07.2011
1.6130.6550.000	brandschutzrechtliche Gutachten wg. unbesetzter KBM Stelle	67.482,71	KT 11.07.2011
DR Gemeinschaftsaufwand	Gemeinschaftsaufwand	932.213,73	KT 11.07.2011
DR Schülerbeförderung	Schülerbeförderungskosten	127.895,46	KT 11.07.2011
2.0613.9400.000-0100	höhere Baukosten TDS	16.610,34	VF 06.06.2011
2.6520.9352.000-0001	Ersatzbeschaffung Aufsatzstreuer	39.643,90	UT 04.10.2010

VIII. Berechnung der Effizienzrendite für das Jahr 2010

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 1.3.2004 im Rahmen der Stellungnahme zum Entwurf des Verwaltungsstrukturreformgesetzes (VRG) beschlossen, dass die Verwaltung jährlich bei Vorlage der Jahresrechnung einen Bericht zur sogenannten Effizienzrendite vorzulegen hat. Dabei sollen sämtliche verwaltungsreformbedingten Kosten/Aufwendungen, einschließlich der Gemeinkosten, den VRG-Finanzzuweisungen und –Einnahmen der auf die Landratsämter übertragenen neuen Aufgabenbereiche gegenüber gestellt werden.

Die Berechnung und Darstellung der „Effizienzrendite“ erfolgt nach einem landesweit vereinbarten „Leitfaden zur Ermittlung der Effizienzrendite“ des Vergleichsringes „Kommunales Rechnungswesen“.

Effizienzrendite heißt, dass das Land innerhalb von sieben Jahren ab Inkrafttreten der Verwaltungsreform, also bis Ende 2011, die Finanzzuweisungen an die Landkreise für die übernommenen Aufgabenbereiche um insgesamt 20 % kürzt.

Zur Verbesserung der Arbeitsabläufe und der Erzielung von Synergieeffekten schreitet die Aufgabenvermischung zwischen den „alten“ und den „neuen“ Ämtern von Jahr zu Jahr voran, wodurch ein objektiver Nachweis der Effizienzrendite zunehmend schwieriger wird.

Aus der nachfolgenden Übersicht geht hervor, dass die in 2010 aufgelaufene Effizienzrendite von 17 % im Gegensatz zum Vorjahr mit 16,19% fast wieder erreicht wurde.

Auf der Kostenseite ist es gelungen die wesentliche Einflussgröße Personalkosten, im Bereich Vermessungsamt wegen Ruhestand und im Bereich Gewässeraufsicht durch einen Personalwechsel und eine dadurch zwischenzeitlich unbesetzte Stelle, zu verringern.

Mehr verantwortlich für eine höhere Rendite ist jedoch die Entwicklung der Einnahmenseite. Vor allem die Erhöhung der Zuweisungen für die Verwaltungsreform trägt dazu bei. Hier wird vom Land seit 2010 ein teilweiser Ausgleich des Abmangels der Vermessungsgebühren und ein finanzieller Ausgleich zur Finanzierung zusätzlicher Stellen für Lebensmittelkontrolleure berücksichtigt.

Ebenfalls positiv wirken sich Mehreinnahmen bei der Straßenbauverwaltung im Bereich Erstattungen von Land und Bund aus, welche aus der Übernahme von Baumaßnahmen und den dazugehörigen Verwaltungskosten resultieren.

Unter Anrechnung des „Guthabens“ aus Einsparungen der Vorjahre verbleibt bei dem Gesamtbudget von knapp 10 Mio. € eine Unterdeckung von 269.000 €.

Effizienzrendite 2010

	1195 Gewerbeaufs.	1210 Gewässeraufs.	4020 Versorgung	5461 LMÜ	6120 Vermessung	6510 Straßenbau	7800 Landwirtschaftl	7810 Flurneuordnung	8550 Forst	Gesamt
Personalkosten	335.356,63	62.831,11	467.292,53	285.797,85	2.124.563,36	692.454,53	505.258,27	595.301,61	1.858.215,68	6.927.071,57
Gebäudekosten	40.337,08	4.154,19	35.625,94	25.424,32	230.056,74	102.116,79	87.201,18	62.030,56	87.936,38	674.883,17
IuK-Kosten	22.259,59	6.583,99	27.963,75	7.358,89	208.661,70	51.039,04	48.095,98	38.496,66	52.237,82	462.697,42
Steuerungskosten	3.206,59	583,02	4.081,12	1.457,54	15.741,46	19.531,07	5.247,15	4.664,14	13.409,39	67.921,49
Servicekosten	12.969,21	2.358,04	16.506,27	5.895,10	63.667,03	78.994,28	112.614,34	173.083,12	54.234,88	520.322,26
Sachkosten	23.737,59	2.566,45	190.286,54	26.431,99	71.391,81	223.329,61	19.097,00	15.287,13	381.325,67	953.453,79
Summe Kosten	437.866,69	79.076,80	741.756,14	352.365,69	2.714.082,10	1.167.465,32	777.513,93	888.863,22	2.447.359,82	9.606.349,70

Entgelte	76.624,31	0,00	36.139,49	0,00	688.218,80	860,20	46,00	0,00	1.309.508,13	2.111.396,93
Sonstige Einnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	92.077,25	177.447,45	20.065,29	4.752,82	148.749,22	443.092,03
Serviceeinnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	279.242,59	0,00	0,00	0,00	0,00	279.242,59
Zuweisungen nach										
§ 11 Absatz 5 FAG	332.674,91	105.644,36	664.736,88	341.589,78	1.890.382,62	950.003,78	638.047,15	652.703,80	1.118.913,50	6.694.696,78
Summe Erlöse	409.299,22	105.644,36	700.876,37	341.589,78	2.949.921,26	1.128.311,43	658.158,44	657.456,62	2.577.170,85	9.528.428,33

Saldo Erlöse	-28.567,47	26.567,56	-40.879,78	-10.775,91	235.839,16	-39.153,89	-119.355,49	-231.406,60	129.811,03	-77.921,37
---------------------	-------------------	------------------	-------------------	-------------------	-------------------	-------------------	--------------------	--------------------	-------------------	-------------------

Effizienzrendite in %	-6,52%	33,60%	-5,51%	-3,06%	8,69%	-3,35%	-15,35%	-26,03%	5,30%	-0,81%
-----------------------	--------	--------	--------	--------	-------	--------	---------	---------	-------	--------

Effizienzrendite unter Berücksichtigung der Einsparvorgabe lt. VRG (2010 17%)	10,48%	50,60%	11,49%	13,94%	25,69%	13,65%	1,65%	-9,03%	22,30%	16,19%
---	--------	--------	--------	--------	--------	--------	-------	--------	--------	--------